



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Dezember 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 597 Anfrage Wedekind Claudia und Mit. über die Kündigung des Konkordates über die interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) durch den Kanton Bern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Claudia Wedekind ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Wedekind: Besten Dank an alle, die an den Antworten zu meiner Anfrage gearbeitet haben. Die interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) ist regional und kantonal in verschiedenen Bereichen von grosser und zentraler Wichtigkeit. Diesen Frühling wurde die Möglichkeit der Kündigung des grössten Konkordatskantons Bern bekannt. Am 15. September 2021 entschied der Grosse Rat von Bern aufgrund eines Berichtes des Regierungsrates, den Weg der Kündigung zu gehen. In meiner Anfrage wurde bei den Antworten immer wieder auf den Strategieprozess hingewiesen, welcher unabhängig vom Weggang von Bern 2023 gestartet werden soll. Ziel des Prozesses ist es, bis in drei, vier Jahren eine umfassende Auslegeordnung und mögliche Szenarien für die Weiterentwicklung des Konkordates für die Zeit nach 2035 zu kreieren. Es sind einige Jahre, die für diesen Prozess zur Verfügung stehen. Einerseits ist es gut und sinnvoll, dass man Zeit dafür hat, andererseits verleitet dieses Zeitvolumen auch zur Vernachlässigung. Ich bitte sehr darum, dass das Letztgenannte nicht eintritt. Bern ist wie erwähnt der grösste Player aller elf Konkordatskantone, stellt durchschnittlich rund einen Drittel der Aspirantinnen und Aspiranten und trägt rund einen Drittel der Kosten. Es ist meines Erachtens zentral, dass die Verantwortlichen verschiedene Szenarien ausarbeiten, Varianten mit oder ohne Bern. Alternativen müssen gesucht und kreiert werden. Einige wurden vom Direktor der IPH Alex Birrer bereits am 25. Oktober 2021 in der «Luzerner Zeitung» genannt. Als Seetalerin und Luzernerin ist es mir wichtig, dass die IPH weiterhin als Arbeitgeberin und als Ausbildungs- und Weiterbildungsstätte mindestens in gleichem Masse erhalten bleibt. So zähle ich auf die Kreativität, unkonventionelle Ideen und ein gutes Verhandlungsgeschick aller Beteiligten. Nehmen Sie Ihre Verantwortung für unseren Kanton und die Region Seetal wahr.

Mario Bucher: So wie wir hier in der Stadthalle Sursee tagen, tagt zurzeit auch der Grosse Rat in Bern. Die Kantonsparlamentarier von Bern haben entschieden, dass sie das Konkordat 2035 nicht mehr verlängern und ab 2036 somit eine eigene Polizeischule betreiben wollen. Diesen demokratischen Entscheid müssen wir hier in Luzern nicht verstehen, aber es gilt ihn zu respektieren. Die Berner Regierung argumentiert damit, dass sie in der jahrelangen Zusammenarbeit bis 2035 das primäre Ziel einer vereinheitlichten Ausbildung für Polizistinnen und Polizisten erreicht hätten. Sie argumentieren damit, dass sie die Infrastruktur selbst stellen können und ein Zeitgewinn der Ausbildung möglich ist und somit auch Kosten von rund 2,3 Millionen Franken gespart werden können. Wie man aber in der Antwort des Regierungsrates lesen kann, sind sich die IPH und die Konkordatsbehörde

bewusst, dass das Jahr 2035 vielleicht schneller hier ist, als uns allen lieb ist. Es gilt jetzt auf den Bericht und die Auslegung der Weiterentwicklung der Konkordatsbehörde zu warten. Danach sind wir zuversichtlich, dass man die richtigen Entscheidungen trifft, ob es jetzt mit Berner oder ohne Berner Beteiligung ist, spielt keine primäre Rolle. Wichtig für mich ist, dass der Standort in Hitzkirch bestehen bleiben kann, wo eine grosse Akzeptanz für die Schule herrscht.

Hans Stutz: Zu meiner Interessenbindung: Ich bin im unteren Seetal aufgewachsen, allerdings zu einem Zeitpunkt, als es die interkantonale Polizeischule noch nicht gab. Diese Anfrage überrascht mich doch ein wenig, man muss doch davon ausgehen, dass bis zum Ende der jetzigen Lösung 2035 noch viel Wasser den Bach hinabfließen wird. Es wird noch viele Diskussionen geben, was daraus resultieren wird. Es gibt einige Hinweise in den bekannten Unterlagen, dass dieser Strategieprozess offen ist und es vor allem darum geht, Kosten einzusparen. Wir wissen alle, dass Kantonsregierungen sehr fantasievoll sein können, wenn es darum geht, Kosten einzusparen. Die G/JG-Fraktion ist davon überzeugt, dass der Prozess noch offen ist und es am Schluss sicher immer noch eine interkantonale Polizeischule geben wird, mutmasslich in Hitzkirch, allenfalls an einem anderen Ort. Diesen offenen Prozess müssen wir einfach einmal beobachten.

Daniel Rüttimann: Die IPH ist nicht nur eine Abkürzung, die IPH wurde eine Marke, eine Qualitätsmarke für Hitzkirch, und nicht nur für das Seetal, auch für den ganzen Kanton Luzern. Sie ist letztlich auch ein Zeichen für die interkommunale Zusammenarbeit bei der Polizei. Die Wichtigkeit dieser Institution und dieser Sache ist somit absolut gegeben. Es geht hier nicht nur um eine Kündigungsankündigung, sondern um die Weiterentwicklung einer Institution, die frühzeitig angegangen werden muss. Ich erwarte von der Regierung und allen Involvierten, dass sie dranbleiben und frühzeitig nach Möglichkeiten suchen, um hier eine Nachfolgeregelung baldmöglichst gut aufzugleisen.

Josef Schuler: Die IPH hat sich sehr gut gemacht, auch für uns in der Gemeinde. Wir können wirklich auch von ihr profitieren. Es finden verschiedenste Seminare in der IPH statt. Vereine dürfen dort teilweise proben, ein Schwimmbad dürfen wir auch mitbenützen. Wir haben sogar neue Parkplätze für die Polizeischüler errichtet. Man muss sich vorstellen, dass viel in die Infrastruktur investiert wurde. Wir sind konsterniert, dass Bern aussteigen will. Wir hoffen, dass die Polizeischule weiter in Hitzkirch existieren und auf diesem Niveau weiterwachsen kann. Das Niveau hat sich in den letzten Jahren laufend gesteigert, man konnte auch Fachpersonen für die Ausbildung gewinnen. Die IPH wurde ein Kompetenzzentrum, und daran muss man unbedingt festhalten. Wir hoffen, dass dies auch die Berner wieder einsehen oder andere Kantone den Vorteil sehen, den Hitzkirch für die Polizeischule bietet.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich danke Claudia Wedekind für diese Anfrage. Sie bietet die Gelegenheit, über einen Prozess Auskunft zu geben. 2035 liegt noch in weiter Ferne, aber es ist richtig, dass man rechtzeitig jetzt die Signale erkennt. Das haben wir getan, und der Konkordatsbehörde haben wir klar den Auftrag erteilt, einen Strategieprozess zu lancieren. Aus Sicht von Luzern gibt es zwei Aspekte: Beim polizeilichen Aspekt muss ich betonen, dass wir Wert darauf legen, dass es sich bewährt hat, nicht mehr eine eigene kantonale Polizeischule zu führen, sondern eben im Sinn der Harmonisierung der schweizweiten Polizeiausbildung, die auch vom Bundesrecht gefordert wird, eine einheitliche Ausbildung anzubieten. Das wird in der Schweiz in vier bis fünf Polizeischulen gemacht. Wir wollen nicht wieder zu einer Kantonalisierung zurück, das wäre ein Rückschritt. Glücklicherweise sehen das mindestens zehn Kantone auch so, die im Konkordat dabei sind. Die andere Sichtweise ist die, dass wir Standortkanton sind. Wir haben einen sehr guten Campus in Hitzkirch mit der Kommende, mit dem Hotel, mit dem Unterrichtsgebäude und mit dem Sport- und Schwimmgebäude. Zudem haben wir im Polizei-Trainingszentrum Aabach ein State-of-the-Art-Trainingscamp, wie es in der Schweiz nicht viele gibt, um praktische Polizeiarbeit zu schulen. Das ist der Schwerpunkt, rund 50 Prozent sind praktische Polizeiarbeit. Vielleicht 50 Prozent sind eher theoretische Ausbildung. Das ist die Stärke

dieser Schule. Es gilt in diesem Strategieprozess die Stärken dieser Schule zu stärken und allenfalls Kritikpunkte anzugehen, die von Bern genannt wurden. Wir haben im Strategieauftrag klar umrissen, dass man die Vorwürfe, die im Bericht der Beratungsfirma auftauchen und die in der Botschaft enthalten sind, ernst nimmt und dass wir sie abarbeiten wollen. Es ist das Ziel, dass wir im nächsten Frühling den detaillierten Strategieauftrag verabschieden und wir auch die externe Projektleitung bestimmen. Spätestens 2024 sollten wir die Ergebnisse haben, um die Grundlagen dafür zu schaffen, dass in Hitzkirch weiterhin eine interkantonale Polizeischule oder, wie Josef Schuler gesagt hat, ein Kompetenzzentrum mit einer grossen Reputation geführt werden kann. In diesem Sinn danke ich für die Unterstützung und die Anfrage.